

Amerika und der Seehandel.

New York, 2. Januar.

Ein hörbarer Seufzer der Erleichterung wurde in Washington vernommen. Die „Ancona“-Angelegenheit wird eine befriedigende Lösung finden, denn die amerikanische Regierung ist zufrieden, wenngleich Wien lange nicht die Zugeständnisse gemacht hat, welche ursprünglich verlangt wurden. Erhöht wird der Optimismus in Washington noch durch Verlautbarungen, daß Deutschland, allerdings ohne seinen prinzipiellen Standpunkt zu verlassen, einen Weg gefunden habe, auch die „Susitania“-Affäre aus der Welt zu schaffen. Nun geht ja einerseits Herrn Wilson ein Hebel verloren, den er zur Verwirklichung seiner Rüstungs-Ideen hätte ansetzen können, aber andererseits hat die Ausgleichung der in den Beziehungen zu den Zentralmächten entstandenen Gegensätze für den Präsidenten bedeutende Vorteile auf dem Gebiete der inneren Politik, die ja jetzt, im Präsidentenwahljahr, alles andere überschattet. Herrn Wilsons Freunde sind nämlich eifrig dabei, die den Zentralmächten gegenüber befolgte Politik als eine diplomatische Großtat auszuschlachten und sie geben ihr mit großem Verständnis für die Volksstimmung des terrible Teddy (so wird Herr Roosevelt jetzt genannt) mitendes Loben als Folie. „Roosevelt hätte das Land in einen Krieg gerissen, Wilson hat den Frieden bewahrt und gleichzeitig das Ausland gezwungen, der Ehre des Landes Genüge zu leisten“, heißt es bei den Anhängern Wilsons. Daß die Volksstimmung durchaus dem Frieden zuneigt, ganz gleich wie einige Zeitungen im Osten auch toben mögen, zeigt das Vorgehen von vier Mitgliedern des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Diese Herren, an der Spitze der Vorsitzende, Senator Stone, haben direkt verlangt, Herr Wilson solle sie konsultieren, bevor er wichtige Schritte in der auswärtigen Politik unternehme. Die Verfassung gibt allerdings dem Träger der Exekutivgewalt das alleinige Vorrecht, mit anderen Nationen zu verkehren, aber da dem Kongreß die Beschlussfassung über Krieg und Frieden zusteht, läßt sich wohl die Volksvertretung nicht das Recht absprechen, bei einer internationalen Krise „mitraten und mittaten“ zu dürfen. Senator Stone soll den Präsidenten schwer getadelt haben dafür, daß die erste Note nach Wien so scharf gewesen sei. Diese Meldung hat die Wahrscheinlichkeit für sich, denn Herr Stone erließ schon bei der „Susitania“-Versenkung eine Note gegen vor schnelles Vorgehen. Es ist auch zu bemerken, daß er aus Missouri kommt, einem Staate, wo von altersher ein sehr starkes Deutschtum ansässig ist. Es mag hier auch eingeschaltet werden, daß alle vom Präsidenten vorgeschlagenen Maßnahmen viel Segnerschaft im Kongreß finden dürften. Schon jetzt halten seine Parteigenossen Herrn Wilson verantwortlich für die zu erwartende große Niederlage im Herbst. Es finden sich Ansätze einer Bewegung, ihm sogar die Nomination vorzuenthalten und es ist besonders die Hearst-Presse, welche ungeschert verlangt, der Präsident solle einem aussichtsreicheren Kandidaten das Feld räumen.

Sind nun die Meinungsverschiedenheiten der Vereinigten Staaten und der Zentralmächte auf dem besten Wege, beseitigt zu werden, so beginnt die Politik des Vierverbands, die Amerikaner ernstlich zu beunruhigen. England hat den amerikanischen Handel so eingeschnürt, daß kein Pfund einer Ware aus dem Ausland bezogen oder dort hineingeschafft werden kann, wenn nicht der amerikanische Händler zu allererst zum englischen Konsul läuft, um eine Genehmigung zu erwirken. Das gilt für jede Art der Handelsbetätigung; wird nicht ein britisches Zertifikat erwirkt, so kann die Ware gewöhnlich überhaupt nicht auf See transportiert werden, denn alle, auch zwischen neutralen Ländern verkehrende Dampfergesellschaften haben es sich zum Grundsatz gemacht, nur „zertifizierte Güter“ zu befördern. Ihr Standpunkt ist durchaus verständlich. Da die Engländer die See beherrschen, ist jede Opposition vergeblich — alle Schiffe, welche nicht „zertifizierte Güter“ an Bord haben, werden, entgegen allem Völkerrecht, in englische Häfen geschleppt und dort tage- und wochenlang zurückgehalten. Allerdings passiert dies auch den andern Schiffen, aber diese können nach sehr kurzem Aufenthalt ihre Fahrt fortsetzen. Die hier geschilderte, seit geraumer Zeit bestehende Politik hat jetzt eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Engländer durchsuchen jetzt alle Post, deren sie habhaft werden können, auch die zwischen neutralen Ländern beförderte, und es gewinnt den An-

schein, als ob Wertpapiere kurzer Hand konfisziert und auch andere Post unterdrückt wird. Daß dieses Vorgehen gegen den Weltpostvertrag verstößt, der bekanntlich auch in Kriegszeiten seine Gültigkeit behält, geniert die Engländer ja weiter nicht. Es ist auch jetzt bekannt geworden, daß kürzlich eine Order in Council ergangen ist, welche jeden, nach dem Auslande Handel treibenden Amerikaner auf das Glaubensbekenntnis des Vierverbands verpflichtet. Das ist Tatsache: wer den Engländern nicht genehm ist, darf keinen Außenhandel treiben, oder er wird in seiner Bewegungsfreiheit so eingeengt, daß ihm die Konkurrenz zuborkommt. Es ist nämlich bestimmt worden, daß das Handelsamt in London einen Ausschuß einsetzen soll, der die Aufgabe hat, den Verkehr auf allen britischen Schiffen von über 500 Tonnen zu überwachen. Es geschieht dies vornehmlich, indem den Verfrachtern, welche diese Fahrzeuge benutzen, Gemächigungscheine für diesen Zweck ausgestellt werden. Liegt eine solche license nicht vor, so darf der Dampfer keine Güter annehmen. Der Schein kann ohne Grundangabe verweigert oder zurückgezogen werden. Es wird berichtet, diese Einrich-

tung sei geschaffen worden, um solche Verfrachter zu treffen, welche im Verdacht stehen, mit den Ländern der Zentralmächte oder ihrer Verbündeten Handel zu treiben. Es ist hier aber allgemein bekannt, daß nur gesumungstüchtige Alliierte Lizenzen erhalten werden. Gegen diese Praktiken kann natürlich die amerikanische Regierung gar nichts tun. Die Posträuberei hat aber, dem Vernehmen nach, zu einem Protest geführt. Auch die Franzosen haben in letzter Zeit der amerikanischen Regierung Anlaß zu Vorstellungen gegeben, die, wenn sie auf ihrer Politik beharren sollten, in bedeutend verschärfter Form wiederholt werden dürften. Es sind nämlich von mehreren zwischen hier und Porto Rico verkehrenden unter amerikanischer Flagge fahrenden Dampfern Deutsche und Oesterreicher heruntergenommen und in ein Konzentrationlager geschleppt worden. Der französische Kreuzer „Descartes“ erschien vor dem Hafen von San Juan, feuerte einen blinden Schuß auf den Dampfer und schickte dann Mannschaften an Bord, um eine Durchsuchung vorzunehmen. Die Blätter erinnern dabei an einen Zwischenfall, der während des Bürgerkriegs eintrat und beinahe einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und England verursacht hätte. Das englische Schiff „Trent“ wurde auf hoher See angehalten und zwei Passagiere, die konföderierten Kommissäre Mason und Slidell, heruntergenommen. England geriet in die höchste Erregung und Amerika mußte die Gefangenen freilassen. Wahrscheinlich geschieht die Gefangennehmung der erwähnten Deutschen auf Grund einer Abmachung zwischen England und Frankreich, welche diesen Zweig der Seezüranei den Franzosen zuweist. Ein Offizier des französischen Kreuzers soll geäußert haben: „Wir haben Instruktionen, nach dem 18. Dezember alle Deutschen gefangen zu setzen, wo wir sie auch finden mögen.“ Außer in der ganz blinden Alliertenpresse hier wird in den Zeitungen energisch gegen das Vorgehen der Franzosen protestiert, namentlich auch deswegen, weil das Personal auf amerikanischen Dampfern zum großen Teil aus Deutschen und Oesterreichern besteht und dafür kein Ersatz gefunden werden kann.

Es läßt sich nicht verkennen, daß in den nicht gerade an der Lieferung von Kriegsmaterial interessierten Kreisen, in der Geschäftswelt im allgemeinen, die brutale See-Tyrannie der Engländer und ihrer Verbündeten eine immer wachsende Mißstimmung erzeugt. Die Zufuhr mancher Rohmaterialien (Farbstoffe, Chemikalien) ist durch die Engländer unmöglich gemacht worden, während andererseits die Ausfuhr vieler wichtiger Produkte, besonders Baumwolle, Not gelitten hat. Die Mißstimmung wird nicht verringert durch die Aussicht, daß neue Steuerburden kommen. Im Westen und Süden machen sich ungeschert Stimmen vernehmbar, die sagen: „Der Osten streicht die Kriegsprofite ein und der Westen und der Süden zahlen die Kriegssteuern.“ Diese Erwägungen werden auch die Debatten im Kongreß stark beeinflussen, und es dürften harte Worte gegen die Alliierten fallen. Herr Wilson mag auch wirklich einige scharfe Noten schicken, aber darüber hinaus wird wohl nichts geschehen, da er sich bekanntlich ganz im Sinne der englischen Anschauungen befindet. Wäre es anders, so würde der Kongreß im Handumdrehen einige Gesetze annehmen, die den Alliierten recht unwillkommen wären.